



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2282 (neu)

Medizinische Versorgung für Menschen ohne qualifizierten Aufenthaltsstatus in Schleswig-Holstein sicherstellen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2313

Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 24. Februar 2012 den Antrag der Fraktionen von DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere, Drucksache 17/2282 (neu), und den dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/2313, federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit der Vorlage befasst und eine schriftliche Anhörung durchgeführt.

Der Innen- und Rechtsausschuss schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 18. April 2012 ab, der Sozialausschuss seine in seiner Sitzung am 19. April 2012.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/2313 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären.

Ebenfalls in Übereinstimmung mit dem beteiligten Sozialausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere, Drucksache 17/2282 (neu), abzulehnen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er wiederum in Übereinstimmung mit dem beteiligten Sozialausschuss dem Landtag, auch den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/2313, abzulehnen.

Darüber hinaus empfiehlt er in Übereinstimmung mit dem beteiligten Sozialausschuss dem Landtag einstimmig, die folgende Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen:

„Die Landesregierung wird gebeten, eine Beschlussfassung zu diesem Thema anzuregen und eine bundeseinheitliche Entwicklung zu begleiten.“

Astrid Damerow
Stellv. Vorsitzende